Kommentar

Vollbremsung

Als Freier in Corona-Zeiten

Von Herbert Schadewald

Schlechte Zeiten gab es für selbstständige, freie Journalisten schon öfter. Ich erinnere mich noch gut an wirtschaftlich schwache Phasen, als die Unternehmensanzeigen in den Printmedien ausblieben. Da wurden dann die Seitenzahlen der Fachpublikationen teilweise drastisch reduziert – mit entsprechenden Auswirkungen auf den redaktionellen Teil. Somit verringerten sich auch die Aufträge an die freien Mitarbeiter. Natürlich war es stellenweise noch möglich, über bestimmte Ereignisse zu berichten, aber dann mit kräftig verkürztem Umfang. Das wirkte sich natürlich auch entsprechend auf die Honorarhöhe aus. Beträchtliche Einnahmeverluste, die bis zur Schmerzgrenze reichten, waren die Folgen.

Corona ist da eine ganz andere Hausnummer. Anfang März begann hierzulande der kollektive Ausnahmezustand. Als freier Journalist, der für verschiedene Fachzeitschriften tätig ist, stellte sich die Situation als Vollbremsung dar – von 100 auf null. Nichts geht mehr. Mein sonst recht gut gefüllter Terminkalender leerte sich inzwischen bis in den Juni. Vorerst. Es gibt gar keine Arbeitsgrundlage mehr. Und damit absolut keine Verdienstmöglichkeiten – bei ständig weiterlaufenden Kosten in unveränderter Höhe. Wie lange ist das durchhaltbar?

Klar, bei der Künstlersozialkasse kann ich meinen Beitrag reduzieren. Aber das ist der bekannte Tropfen auf den heißen Stein. Denn Leasingverträge und Miete lassen sich nicht kürzen. Und einen (Überbrückungs-)Kredit, sofern ich den überhaupt bekommen würde, könnte ich unter diesen perspektivischen Bedingungen erst recht nicht zurückzahlen.

Die Bayrische Staatsregierung hat als erstes Bundesland ein Soforthilfeprogramm eingerichtet, das sich an Soloselbstständige richtet, die durch die Corona-Krise in eine existenzbedrohliche wirtschaftliche Schieflage und in Liquiditätsengpässe geraten sind. Die dann gewährte steuerfreie Einnahme von 5000 Euro muss auch nicht

© Gabriele Schadewald

zurückgezahlt werden. Allerdings wird dieses Staatsgeld nur gezahlt, wenn „keine (ausreichende) Liquidität vorhanden ist“. Hartz IV lässt grüßen.

Ende März zogen dann auch die anderen Bundesländer mit ähnlichen Hilfsangeboten nach. Die Berliner Investitionsbank (IBB) öffnete in den Mittagsstunden des 27. März (einem Freitag!) ihre digitale Antragsstelle. Natürlich war der Server sofort überlastet. Als ich mich dann etwa eine halbe Stunde später erfolgreich einreihen konnte, waren 42 720 Antragssteller vor mir. Glück gehabt. Denn der Senat rechnete mit rund 200 000 Hilfesuchenden. Nach vier Stunden schloss die Antragsstelle wieder. Vor mir warteten zu diesem Zeitpunkt noch 35 452 Formularanwärter.

Sonnabend, 28. März, 13 Uhr: Die IBB ist wieder Einsatzbereit. Doch es dauert eine gute Stunde, ehe die Schlange vor mir kleiner wird. Erst am späten Nachmittag beziehungweise frühen Abend geht die Abfertigung merklich schneller. 21.30 Uhr werde ich endlich in den digitalen Antragsraum gelassen. Allerdings dauert es noch einmal knapp 30 Minuten, bis sich das mehrseitige Formular öffnet. Nun kann ich endlich meine Daten als Soloselbstständiger eingeben.

Sofern der Corona-Zuschuss bewilligt wird, solle das Geld in zwei, drei Tagen gebucht sein – unter dem Vorbehalt einer späteren Rückzahlungspflicht. Anderenfalls gibt es eine E-Mailinformation. Ich bekam tatsächlich drei Werktage später die erhoffte finanzielle Unterstützung. Damit zählte ich nun zu den ersten 100 000 Betroffenen, die von der IBB in der ersten Ausschüttungsrunde bedacht wurden. Insgesamt rund 90 Millionen Euro hatte die IBB in den letzten Märztagen an die Antragsteller überwiesen.

Dieser Tage rief mich einer der Chefredakteure an, für dessen Publikation ich seit Jahrzehnten tätig war. Er teilte mir mit, dass der Verlag nun auch die Zeitschriften auf Doppelnummern umstelle. Statt monatlich kommt das Druckerzeugnis nur noch alle zwei Monate zu den Lesern. Der Grund ist das sinkende Anzeigenaufkommen. Im konkreten Fall beläuft es sich nur noch auf gut 20 Prozent. Gleichzeitig wurde die Redaktion angewiesen, den geringeren redaktionellen Teil aus eigener Kraft zu füllen, um keine Honorare zahlen zu müssen.

Mit Corona sind wir noch lange nicht am Ende, befürchte ich. Und die Auswirkungen dieser Pandemie werden uns noch länger beschäftigen – selbst wenn irgendwann das Leben wieder halbwegs in normalen Bahnen zu verlaufen scheint. Dann wird sich deutlich zeigen, wer diese Phase, auch ohne direkt mit dem Virus infiziert worden zu sein, tatsächlich beruflich überlebt hat. Und die können dann wieder aus der existenzbedrohenden Zwangspause in das alltägliche Hamsterrad einsteigen.

Corona-Pandemie

Veranstaltungsabsagen

Ab sofort ist der Publikumsverkehr in allen **ver.di-Geschäftsstellen in Berlin und Brandenburg** eingestellt. Mit dieser Maßnahme will ver.di dazu beitragen, die Infektionsrisiken für die Mitglieder und für die Beschäftigten zu senken. Andererseits soll der Betrieb – soweit das möglich ist – aufrechterhalten werden. Alle die mit ver.di in Kontakt treten wollen, werden gebeten, dafür das Telefon zu benutzen oder eine E-Mail zu schreiben.

Die Mitgliederversammlung der **SeniorInnen des Fachbereichs 8** am 20. April ist abgesagt.

Ravensbrück/Sachsenhausen
In Abstimmung mit den Gesundheitsbehörden des Landkreises Oberhavel werden die anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung der Häftlinge der Konzentrationslager Sachsenhausen und Ravensbrück für Mitte April geplanten Veranstaltungen abgesagt. Wegen des erhöhten Risikos für ältere Menschen werden die ursprünglich eingeladenen Überlebenden und Angehörigen aus verschiedenen Ländern nicht anreisen. Auch die für den 19. April 2020 geplante Gedenkstunde für die homosexuellen Opfer entfällt.

Auch die **MedienGalerie in der Dudenstraße** muss leider bis voraussichtlich Ende April schließen. Doch einen Einblick in die Ausstellung gibt das Video von Andreas Kühn über die Ausstellungseröffnung.

Die Bundeswehr bereitet im Windschatten der Coronakrise einen womöglich länger andauernden Inlandseinsatz vor. Ab 3. April 2020 sollen 15 000 Militärs voll einsatzbereit sein, um im Kampf gegen das Covid-19-Virus unter anderem logistische Aufgaben zu übernehmen. Im Gespräch sind auch polizeiliche Tätigkeiten. Der »Einsatz spezifisch militärischer Waffen« ist laut Berichten nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Darüber hinaus führt die Bundeswehr für den Einsatz eine neue Befehlsstruktur ein: Sie konstituiert vier regionale Führungsstäbe bei zwei Panzerdivisionen, im Luftwaffen- sowie im Marinekommando, die jeweils für mehrere Bundesländer zuständig sind. Die Ausweitung des Einsatzes und die Bündelung der Befehlsstruktur geht mit Forderungen einher, die Grundgesetzbestimmungen für Interventionen im Inland zu lockern. Zugleich wird scharfe Kritik am neuen Infektionsschutzgesetz laut, das massive Grundrechtseinschränkungen ermöglicht. Rechtswissenschaftler weisen darauf hin, es stelle »die Gesetzesbindung von Regierung und Verwaltung weitgehend zur Disposition«. gfp

Besuch bei einer Corona-Heldin

Ausgangsbeschränkungen und andere gesellschaftliche Auswirkungen stellen für jeden eine besondere Herausforderung dar. Wie sich dies konkret in einem Berliner Seniorenheim auswirkt? Danach erkundigte sich Herbert Schadewald bei ver.di-Mitglied Marina Weber (richtiger Name ist der Redaktion bekannt), die in diesem Bereich tätig ist.

© Renate Koßmann

Vor allem ältere Bürger sind von den Corona-Maßnahmen besonders hart betroffen (Symbolbild)

Marina, wie stellt sich die Situation konkret in eurer Einrichtung dar?

Wir sind alle sehr gefordert. Ständig gibt es neue Hygienevorschriften. Generell sind die Desinfizierungsvorschriften hoch, aber in den Coronazeiten wurden sie noch strikter. Alle sind bestrebt, sich das Virus nicht ins Haus zu holen. Was bisher gelang. Allerdings ist es auch eine hohe Herausforderung, für Hand- und Mundschutz sowie Desinfektionsmittel zu sorgen. Hier besteht die größte Angst vor einem Mangel, obwohl versucht wird, nur in den Bereichen damit zu arbeiten, wo es nötig ist. Das heißt, wo der unmittelbare Kontakt besteht.

Wie gehen die Bewohner mit diesen völlig veränderten Lebensbedingungen um?

Wir haben seit Mitte März für den Besucherverkehr geschlossen. Das war ein schwerer Schritt. Aber die Angehörigen hielten sich nicht an die Vorschriften. Sie blieben nicht nur im Bewohnerzimmer, sondern liefen durch das ganze Haus. Sie begriffen nicht, dass dies das Risiko erhöht. Nun dürfen die Angehörigen nur noch an der Eingangstür ihr Mitgebrachtes abgeben. Bewohner dürfen nur noch in den Garten. Jeglicher Kontakt mit Außenstehenden soll soweit wie möglich vermieden werden. Doch individuelle Einkaufswünsche der Bewohner werden beispielsweise durch die Betreuer realisiert.

Verstehen die oft sehr betagten Bewohner diese einschränkenden Regelungen?

Der gesamte Tagesablauf ist verändert. So gibt es das Essen auf den Zimmern bzw. in den einzelnen Bereichen. Das alles verändert natürlich auch das Verhalten der Bewohner. Sie fühlen sich eingeschlossen, reglementiert und teilweise entmündigt. Das beinhaltet dann auch schon mal Übergriffe von Bewohnern auf Mitarbeiter. Vor allem von Kranken, die diese Situation nicht mehr verstehen und begreifen können, aber ihren regelmäßigen Ablauf brauchen. Da das nötige Fingerspitzengefühl zu behalten, bringt einen an die nervliche Belastungsgrenze. Für beide Seiten.

Viele Unternehmen haben auf Kurzarbeit umgestellt oder die Mitarbeiter nach Hause verbannt. Wie funktioniert das in eurer Einrichtung?

Homeoffice gibt es nur in bestimmten Verwaltungsbereichen. Ansonsten werden alle voll benötigt. Allerdings dürfen Therapeuten nur noch zu dringend notwendigen Behandlungen zu den Bewohnern. Das gilt auch für Friseur und Fußpflege. Gemeinschaftliche Beschäftigungen finden nicht mehr statt. Denn das Betreuungspersonal wird auf den einzelnen Stationen dringend benötigt. Sie gewährleisten die jetzigen veränderten Abläufe. Die Pflegefachkräfte und Helfer haben zahlreiche andere Aufgaben. Außerdem müssen andere allgemeine tägliche Aufgaben – wie Reparaturen usw. – koordiniert und gewährleistet werden, die für die Sicherheit des Heims wichtig sind. So funktioniert der Bringeservice nur noch bis zum Wirtschaftseingang. Dort erfolgt dann die Übernahme durch die Mitarbeiter. Arbeiter, die im Heim arbeiten müssen, wurden auf ein Minimum reduziert. Damit soll auch der Abstand in entsprechenden Räumlichkeiten eingehalten werden.

Wie gut seid ihr auf diese neuen Herausforderungen vorbereitet worden?

Wir arbeiten generell in einem sensibleren Bereich. Das heißt Hygiene und Krankheitssymptome spielen hier immer eine große Rolle. Von daher braucht es keine besondere Vorbereitung.

Wie siehst du die gegenwärtige Gesamtsituation in eurer Einrichtung?

Allgemein läuft es also recht gut. Denn bei strikter Einhaltung der Vorschriften durch alle Angestellten und die anderen Arbeiter sehen wir uns gut geschützt. Wenn jeder zusätzlich auf seinen Gesundheitszustand achtet und dort kein Risiko eingeht, sind wir wohl auf der sicheren Seite. Allerdings sollte uns auch bewusst sein, dass die Schließung nicht ewig gehen kann. Denn diese Vorkehrungen verlangen von den Bewohnern viel ab, da sie nicht wissen, wann sie ihre Lieben wiedersehen oder ob sie eventuell ohne diese gehen müssen.